



DFV-Bildungshorizonte
Perspektiven für eine zukunftsfähige Bildungspolitik
(Erarbeitet vom Bundesfachausschuss V)
3. Mai 2010

Bildungspolitischer Handlungsbedarf

Regierungs- und Oppositionsparteien haben der Bildungspolitik im Bundestagswahlkampf einen hohen Stellenwert einräumt – zu Recht, denn Bildung ist der wichtigste „Rohstoff“ für die Zukunft unseres Landes. Bereits im Jahr 2008 hat die damalige und heutige Bundeskanzlerin die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen, der Koalitionsvertrag der 2009 ins Amt gekommenen Regierungskoalition trägt den Titel „Wachstum, Bildung, Zusammenarbeit“. Wörtlich heißt es darin: „Bildung ist ein Schlüssel zur persönlichen Entfaltung, zur sozialen Gerechtigkeit und zum Wohlstand... Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen, mit den besten Kindertagesstätten, den besten Schulen und Berufsschulen sowie den besten Hochschulen und Forschungseinrichtungen“.

Diese immer wieder betonte Bedeutung der Bildungspolitik steht jedoch in deutlichem Widerspruch zur erlebbaren Bildungsrealität: So war der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – ein Indikator für die faktische Bedeutung, die ein Land seiner Bildung zumisst - über Jahre rückläufig und ist im Vergleich zu anderen Industriestaaten eher unterdurchschnittlich. Kinder und Eltern erleben diese Entwicklung an verrottenden Schulgebäuden, übergroßen Klassen, veralteten Fachräumen, Unterrichtsausfall, überforderten Lehrern und überfüllten Hörsälen. Die finanzielle Bildungsverwahrlosung hört zudem am Schultor nicht auf. Durch kommunale Sparzwänge drohen wichtige informelle Bildungsorte wie z.B. Bibliotheken verloren zu gehen oder stehen nur noch in extrem abgespeckter Form zur Verfügung.

Erstmals breit diskutiert wurden die Defizite des deutschen Bildungssystems in Folge der 2001 veröffentlichten ersten PISA-Studie, einer von der OECD durchgeführten internationalen Schulleistungsstudie, in der 15jährige Schüler in Deutschland insgesamt eher unterdurchschnittlich abschnitten und vor allem die starke Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialem Status deutlich wurde. Zwar konnten mehrere Bundesländer in weiteren PISA-Vergleichen wieder an den internationalen Standard anschließen und erreichten teilweise auch Spitzenwerte. Insgesamt bleibt aber deutlich: Deutschland, dessen Bildungssystem über Jahre als vorbildlich galt, droht bildungspolitisch abzurutschen und die gesellschaftlichen Veränderungen nicht aufzugreifen; zugleich entwickeln sich innerhalb des Landes Bildungssystem und Bildungsleistungen immer weiter auseinander.

Familien sind von dieser Bildungsmisere in hohem Maße betroffen und sehr verunsichert. Die Mängel des Bildungswesens beeinträchtigen massiv die familiäre Gemeinschaft, und Eltern sind gefordert, in einer unübersichtlichen und defizitären Bildungslandschaft ihre Kinder gut auf ihrem Bildungsweg zu begleiten. Bei einer im Februar 2010 veröffentlichten Forsa-Umfrage gaben zwei Drittel der Befragten an, sie hätten große oder sehr große Angst, dass die Kinder keine vernünftige Ausbildung erhalten – die Bildungsangst ist damit eine der größten Familienängste überhaupt. Diese Angst schwappt auf die Kinder über: Laut der im Januar veröffentlichten UNICEF-Kinderstudie blicken in keinem anderen OECD-Land Kinder mit so wenig Optimismus in die Zukunft und ist besonders bei Schülern die Angst vorm Scheitern riesengroß. Mit ihrer verantwortungsvollen Aufgabe und ihrer Angst werden Familien weitgehend alleingelassen – und immer häufiger sogar angegriffen. Der Vorwurf, dass Familien nicht mehr in der Lage seien, die Grundlagen für die Bildungsfähigkeit ihrer Kinder zu legen, sowie Forderungen nach einer Auslagerung familiärer Bildungsaufgaben in staatliche Institutionen sind Ausdruck dieses wachsenden Misstrauens.

Bislang ist nicht erkennbar, dass die Politik in angemessener und abgestimmter Weise auf diese enorme Herausforderung reagiert. Zwar hat die Regierung zugesagt, bis 2015 den Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 10% anzuheben (7% für Bildung und 3% für Forschung). Was das konkret bedeutet, ist allerdings – auch zwischen Bund und Ländern – noch hoch umstritten. Zum einen hängt die Höhe natürlich von der Größe des Bruttoinlandsprodukts ab und ist in Krisenzeiten niedriger – obwohl gerade dann gute Bildungsinvestitionen nötig sind. Zum anderen gilt der Streit dem, was bereits für Bildung ausgegeben wird. Zudem handelt es sich bei bundespolitischen Bildungsaussagen über weite Strecken um Appelle an die Länder. Denn seit der Föderalismusreform gilt im Bildungsbereich ein Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern: Die Bildungsaufgaben des Bundes beschränken sich damit z.B. im Schulbereich auf besondere Notsituationen wie Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen. In welchen Maßnahmen die

Gelder für die Bildung schließlich landen sollen, ist denn auch zwischen Bund und Ländern hoch umstritten. Der Streit soll im Juni 2010 auf einem Bildungsgipfel entschieden werden.

Diesem Bildungsgipfel will der Deutsche Familienverband Bildungshorizonte aufzeigen, damit die versprochene Bildungsoffensive angesichts der massiven Defizite auf allen Stufen des Bildungssystems mehr wird als Stückwerk und die Bildung der Kinder nicht im Streit über Geld und Kompetenzen stecken bleibt. Im Folgenden finden Sie dafür die zentralen Ziele und Leitlinien guter Bildung und konkrete Perspektiven entlang des Bildungsweges, die das bildungspolitische Dickicht für Familien durchlässiger machen und dafür sorgen, dass kein Kind auf seinem Bildungsweg verloren geht

I. Leitlinien für gute Bildung

Gute Bildung schafft Chancen der Teilhabe

Die Entfaltung der persönlichen Anlagen ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben – ein gerechter Zugang zur Bildung entscheidet daher über den persönlichen Lebensweg. Jedes Kind hat ohne Rücksicht auf Herkunft und wirtschaftlichen oder sozialen Status das Recht auf eine Bildung, die die Entfaltung seiner individuellen Begabungen und Interessen ermöglicht. Zugangsgerechtigkeit bedeutet, dass im gesamten Bildungswesen für alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen bestehen müssen, gemäß ihrer Eignung, Begabung und Neigung die richtige Förderung und die richtigen Zugänge zu Bildungseinrichtungen zu finden.

Gute Bildung beginnt in der Familie

Die Erziehung des Kindes ist laut Artikel 6 Grundgesetz das Recht und die „zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ der Eltern. Sie tragen damit auch die Erst- und Hauptverantwortung für den Bildungsweg ihrer Kinder. Dabei werden sie durch Bildungseinrichtungen unterstützt, die gefordert sind, ihren Bildungsauftrag in Erziehungspartnerschaft mit den Eltern zu erfüllen und die Erziehungsarbeit der Eltern wirkungsvoll zu unterstützen. Auch die „Bildungsrepublik Deutschland“ baut auf Bürger, die zuerst in den Familien geformt und gebildet werden. Deshalb muss Bildungspolitik von der Familie her denken. Eine Politik, die Eltern dafür stark macht, ihre Kinder engagiert auf ihrem Bildungsweg zu begleiten, ist Grundvoraussetzung bildungspolitischer Erfolge – deshalb ist eine Strategie, die Leistungen zur finanziellen Entlastung für Familien gegen Bildungsangebote ausspielt, zum Scheitern verurteilt.

Bildung ist Zukunftsinvestition

Ein Land ohne natürliche Rohstoffe ist nur zukunftsfähig, wenn es in sein Humanvermögen investiert: in gesunde, gut ausgebildete und motivierte Menschen. Wer Schulgebäude verrotten und Kinder auf dem Bildungsweg verloren gehen lässt, betreibt zutiefst unverantwortlichen Raubbau an der gemeinsamen Zukunft.

Gute Bildung ist werteorientiert

Für ein gelingendes Leben in Familie, Erwerbswelt und Gesellschaft sind nicht nur berufspraktische Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich, sondern auch die Entwicklung sozialer Kompetenzen für das Leben in Familie und Gemeinschaft. Werteorientierung bedeutet auch, dass keine Begabung per se als „wertvoller“ angesehen wird – der Mensch ist kein Mittel zum Zweck. Der Versuch, Bildungsdefizite gesteuert zu überwinden, darf nicht zur einseitigen Ausrichtung an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und nutzenorientiertem Verwertbarkeitsdenken führen.

Gute Bildung setzt auf Stärken

„Du schaffst es“ gibt viel mehr Kraft als „Das klappt ja doch nicht“ – das gilt für das einzelne Kind ebenso wie für die Bildungspolitik insgesamt, die mutig und entschlossen richtige Weichen für die Zukunft stellen muss, statt sich über Kompetenzen und Strukturen zu verkämpfen.

Gute Bildung denkt vom Kind her

Bildungsangebote und –strukturen müssen zu den Kindern und Jugendlichen passen, nicht umgekehrt. Bildungsangebote müssen dem jeweiligen Alter angepasst sein und die dem einzelnen Menschen entsprechenden Bedürfnisse ernst nehmen. Das setzt Vielfalt und Wahlfreiheit voraus – es gibt keine einfachen Lösungen, die für alle und immer passen.

Gute Bildung ist kostenfrei

Der Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Bildungseinrichtungen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Nur kostenfreie Bildung schafft Zugangsgerechtigkeit. Dies umfasst auch die Schaffung echter Lehr- und Lernmittelfreiheit.

II. Stationen guter Bildung

Mit den folgenden Forderungen und Perspektiven begleitet der Deutsche Familienverband Kinder, Jugendliche und ihre Familien durch die zentralen Stationen des Bildungsweges – vom ersten Lernort Familie bis hin zu Studium und Ausbildung, von der Geburt bis ins Erwachsenenalter hinein.

1. Erster Lernort ist die Familie

Keine Bildung ohne Bindung

Vom ersten Tag an werden in der Familie die Grundlagen für die Bindungsfähigkeit der Kinder gelegt, auf denen Vertrauen, Selbstvertrauen, Neugier und damit die Bildungsfähigkeit und -bereitschaft des Kindes wachsen. In der Familie erwerben Kinder die elementaren psychomotorischen, sozialen, affektiven und sprachlichen Kompetenzen, auf denen die späteren Bildungsstufen aufbauen. Dabei geht es nicht um eine leistungsorientierte intellektuelle Förderung. Die „Bildungsziele“ der frühen Kindheit sind: Zuwendung und Geborgenheit erleben, feste, verlässliche und sichere Bindungen aufbauen – nur von dieser Startposition aus ist erfolgreiches Lernen möglich. Die Bildungspolitik steht in dieser Phase vor der Herausforderung, den Lernort Familie zu stärken und zu unterstützen, ohne dass Kinder und Eltern schon kurz nach der Geburt in eine Spirale aus Leistungsdruck und Zeitmangel geschleudert werden.

Familien sind Bildungsexperten

Auch mit wachsendem Alter der Kinder bleiben die Familien hauptverantwortlich für den Bildungsweg und die wichtigsten Experten und Partner für die Bildung ihres Kindes. Ohne gelebte Erziehungspartnerschaft gibt es keinen erfolgreichen Bildungsweg. Diese Erkenntnis muss sich bei Bildungskonzepten und bildungspolitischen Entscheidungen niederschlagen. Dazu gehört auch, dass Familien und ihre Vertreter bei Beschlüssen und in Entscheidungsgremien auf gleicher Augenhöhe und mit gleichen Rechten am Tisch sitzen wie andere Akteure des Bildungswesens.

Bildung durch die Familie braucht Bildung für die Familie

Die Begleitung durch den Bildungsweg und die stete Motivation und Förderung der Kinder ist keine leichte Aufgabe, zumal in einer Zeit, die voll ist von ungebetenem (unqualifiziertem)

Miterziehern und geprägt ist von Orientierungsunsicherheit. Präventive Familienbildungsarbeit kann die Eltern dabei unterstützen, ihre Kinder mit Liebe, Gelassenheit und Zuwendung gut auf ihrem Bildungsweg zu begleiten und an den wichtigen Stationen und Kreuzungen des Bildungswegs die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das gilt besonders dort, wo sogenannte „bildungsferne“ Eltern gefordert sind, ihre Kinder auf einem Bildungsweg zu begleiten, den sie selber nicht gegangen sind. Der Deutsche Familienverband hat dafür wertvolle Angebote und ein qualifiziertes Familienbildungsprogramm entwickelt, die er vor Ort in seinen Verbandsgliederungen anbietet – breitenwirksam kann dies allerdings nur bei einer entsprechenden Mittelausstattung sein. Auch die Bildungseinrichtungen Kindergarten und Schule stehen hier in der Pflicht – auf gleicher Augenhöhe unter gleichwertigen Partnern zum Wohle des Kindes, nicht im Sinne einer Belehrung durch Profis.

2. Kindergarten als vorschulische Bildung ernst nehmen

Der Kindergarten ist der Einstieg in ein abgestimmtes Bildungssystem und wichtiger Ort fürs soziale Lernen. Diese Bedeutung spiegelt sich allerdings in den Strukturen und Rahmenbedingungen der Länder bislang kaum wider. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass – anders als in der Schule – noch immer in vielen Ländern und Kommunen Gebühren von den Eltern erhoben werden, als sei der Kindergarten nicht Teil des Bildungswesens, sondern ein Dienstleistungsangebot für die Eltern. Bundesweit besonders ungerecht wird das noch dadurch, dass sich die Höhe der Gebühren von Land zu Land und von Kommune zu Kommune massiv unterscheidet.

Bundesweit kostenfreier Zugang zur vorschulischen Bildung

Der Kindergarten ist ein wichtiges vorschulisches Bildungsangebot und muss allen Kindern offen stehen – unabhängig von Erwerbstätigkeit oder Einkommen ihrer Eltern. Der Deutsche Familienverband fordert, den Erziehungs- und Bildungsauftrag für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren analog zum schulischen Bildungsauftrag umzusetzen und dazu schrittweise auf eine Befreiung von Kindergartengebühren hinzuwirken. Damit der Zugang zur vorschulischen Bildung nicht vom Glück des Wohnorts abhängt, ist die Gebührenfreiheit im Rahmen des Rechtsanspruchs bundeseinheitlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz zu verankern. Dabei ist mit dem letzten Kindergartenjahr zu beginnen. Um kinderreiche Familien unverzüglich zu entlasten, muss umgehend bei Familien mit drei und mehr Kindern auf den Elternbeitrag verzichtet werden. Die Finanzierung ist auf Bund, Länder und Kommunen zu verteilen.

Gute vorschulische Förderung braucht kindgerechte pädagogische Konzepte

Kindergärten sind keine kleinen Schulen, aber sie sind auch keine reinen Betreuungseinrichtungen ohne Bildungsauftrag. Eine voll flexibilisierte Rund-um-die-Uhr-Betreuung, die mit überlangen Aufenthaltszeiten und ständigem Schicht- und Personalwechsel einhergeht, kommt zwar arbeitsmarktpolitischen Interessen entgegen, führt bei den Kindern aber zu Stress und Überforderung. (vgl. z.B. Lieselotte Ahnert: Frühe Bindung: Entstehung und Entwicklung, 2004). Kindergartenkonzepte müssen das Wohl und die Bedürfnisse des Kindes nach verlässlicher Bindung und Zuwendung und seine natürliche Neugierde und Experimentierfreudigkeit in den Vordergrund stellen. Diese pädagogischen Konzepte müssen sich in der Gruppengröße ebenso widerspiegeln wie in der Qualifizierung und Besoldung von Erzieherinnen und Erziehern. Bei Gruppengrößen von teilweise über 13 kleinen Kindern pro Erzieherin ist eine intensive Förderung des einzelnen Kindes allerdings niemandem mehr möglich – unabhängig von der Ausbildung. Um eine individuelle Förderung der Kinder zu ermöglichen, sollten die Gruppen eine Größe von ca. 15 Kindern nicht überschreiten, für die eine verlässliche und kontinuierliche Betreuung durch zwei feste Bezugspersonen garantiert sein muss – diesen Personalschlüssel erreicht derzeit kein einziges Bundesland. Zeitlich ist eine Ausweitung des Rechtsanspruchs von vier auf sechs Stunden inklusive einer Übermittagbetreuung anzustreben.

Behüteter Übergang und Erziehungspartnerschaft

Wichtige Bildungsziele im Vorschulalter wie das Erlernen sozialen Verhaltens und eines gesunden Lebensstils, die Vermittlung von Sprachkompetenz und kulturellen Erfahrungen, die Entwicklung von Teamgeist und Verantwortungsbewusstsein oder das Verstehen und Einhalten von Regeln, aber auch das spielerische Lernen sind klassische Erziehungsziele, die im Elternhaus eingeübt werden und in elterlicher Verantwortung liegen. Vorschulische Bildung ist daher in besonderem Maße auf die Einbeziehung der Eltern angewiesen und kann sich nur in Ergänzung zur elterlichen Erziehungsverantwortung bewähren.

3. Schule mit Zukunft

Im Zentrum des bildungspolitischen Interesses und des Bildungsstreits stehen strukturelle und inhaltliche Defizite des Schulsystems. Die Zeche für diese Defizite zahlen die Familien – im übertragenen wie im wörtlichen Sinn: Bereits Grundschulkindern brauchen inzwischen private Nachhilfe, insgesamt bringen Familien für diese privatisierte individuelle Förderung jährlich 1,5 Milliarden Euro auf. Eine gute Schule ist das Tor zur Zukunft. Der Staat muss seine Verantwortung für eine

gute Schul- und Bildungspolitik ernst nehmen und darf Kosten und Belastungen nicht länger auf die Familien abwälzen.

Strukturdiskussion und Kompetenzstreit dürfen Inhalte nicht ausbremsen

Schulpolitik ist vermintes Gelände. Das gilt sowohl für die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern wie für die in den vergangenen Jahren betriebenen Schulstrukturreformen, die sogar innerhalb eines Bundeslandes zum Teil kaum aufeinander abgestimmt sind. Fast überall hat es in den letzten Jahren zudem landespolitische Bildungswahlkämpfe gegeben, die dazu geführt haben, dass großangelegte und umwälzende Änderungen der Schulstruktur nach den Wahlen regelmäßig abgebrochen und Kinder und Eltern wiederum völlig neuen Bedingungen ausgesetzt wurden – teilweise kurz vor Beginn eines neuen Schuljahres. In der schulischen Realität hat diese schulpolitische Achterbahnfahrt dazu geführt, dass Kindern und Eltern zunehmend irritiert sind und ihnen jede Verlässlichkeit im Bildungssystem fehlt.

Es ist sinnvoll, immer wieder zu überprüfen, ob das Schulsystem den Anforderungen an Integration und Vernetzung von Bildung, Erziehung und Betreuung genügt und darüber zu diskutieren, wie die Schulen der Zukunft aussehen müssen. Auch im Deutschen Familienverband wird diese Diskussion lebhaft und vielfältig geführt und spiegelt die ganze Bandbreite von persönlichen Erfahrungen und Wünschen an eine gute Schule wider. Aber in ihrer gegenwärtigen Form bindet die Strukturdiskussion – ebenso wie der Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern – Kräfte, die für inhaltliche Verbesserungen fehlen und übersieht zu häufig, dass erfolgreiche Bildung auch Verlässlichkeit und Kontinuität braucht. Bei einer Versachlichung der Diskussion kann es helfen, die Erkenntnisse der Bildungsforschung auszuwerten: Insgesamt deutet die Analyse nationaler und internationaler Vergleichsstudien, wie sie beispielsweise im 2008 erschienenen Bildungsbericht des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung vorgenommen wird, darauf hin, dass es weniger die Schulform oder Schulstruktur sind, die über Lernerfolge und Lernklima entscheiden als vielmehr die Lernbedingungen, die Inhalte, das Engagement von Schulträger, Schulleitung und Kollegium, das Ausmaß, in dem individuelle Leistungen und Begabungen auf dem Bildungsweg erkannt werden. Im Ergebnis warnen die Bildungsforscher – teilweise durchaus mit Sympathie zum Beispiel für das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens – deshalb davor, strukturelle und inhaltliche Reformen gegeneinander auszuspielen und raten, die Kräfte auf den Kern der Schule – die Unterrichtsqualität –, auf eine bessere Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen und eine gezielte Beratung und Begleitung vor allem sozial schwächerer Schüler bzw. Schüler mit Migrationshintergrund an den „Gelenkstellen“ des Bildungswesens zu konzentrieren.

Der Deutsche Familienverband fordert die Bildungspolitik auf, die gemeinsame

Bildungsverantwortung von Bund, Ländern und Kommunen anzuerkennen und innerhalb der Bundesländer Überschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit in die Strukturdebatte um die Schulen zu bringen, damit der Streit über Strukturen die Verbesserung der Inhalte nicht ausbremst.

Die Schule muss zu den Schülern passen

Die Schule muss alle Schüler entsprechend ihren Begabungen fördern. Alle Schüler haben das Recht, unabhängig von ihren Fähigkeiten und Beeinträchtigungen und von ihrer sozialen Herkunft die bestmögliche Förderung zu erhalten. Dafür muss sich die Schule den Besonderheiten und Bedürfnissen der Kinder anpassen und nicht umgekehrt. Dem wird nur Vielfalt gerecht: Gefordert ist ein hochwertiges wohnortnahes und werteorientiertes Bildungsangebot verschiedener Schulformen freier und öffentlicher Träger für alle Kinder und Jugendlichen, das die geistige Entwicklung und Bildung fördert.

Lust auf Schule: Individuelle Förderung verwirklichen

Die erste und wichtigste Aufgabe der Schule ist es, Kindern Lust aufs Lernen zu machen und ihre Neugier auf Wissen nicht zu ersticken. Nur in einem Lernklima ohne Angst vor Fehlern haben Kinder die Chance, zu entdecken, was in ihnen liegt. Eine Atmosphäre, die von Leistungsdruck und Prüfungsangst geprägt wird, wird dem nicht gerecht. Auch Evaluations- und Beurteilungsverfahren müssen stärker als bisher die Förderung von Stärken anstelle der Kontrolle von Defiziten in den Mittelpunkt stellen.

Kinder und Jugendliche lassen sich besser fürs Lernen begeistern, wenn sie aktiv in den Bildungsprozess einbezogen werden. Die Entwicklung und Einführung neuer Formen der Unterrichtsgestaltung und Wissensaneignung (z. B. Projektarbeit, fächerübergreifendes Lernen) schaffen neue Zugänge zu lern- oder leseschwachen Schülern und vermitteln zugleich Regeln und Normen für die Konfliktlösung und den Lebensalltag.

Individuelle Förderung ist besonders gefordert, damit Kinder mit besonderen Lernproblemen, mit Sprachdefiziten oder mit Behinderungen auf dem Bildungsweg nicht „verloren“ gehen (Recht auf Inklusion gemäß der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen). Teil der individuellen Förderung ist deshalb im Sinne einer verbesserten interkulturellen Integration auch der Ausbau von Sprachförderung und Integrationsangeboten für Kinder mit Migrationshintergrund bzw. Sprachdefiziten.

Individuelle Förderung ist nur möglich, wenn die Probleme und vor allem auch die Stärken jedes Kindes frühzeitig und sicher erkannt werden. Gute Schule steht und fällt deshalb mit Pädagogen,

die Menschenkenntnis mitbringen, an ihre Schüler glauben und ihnen zeigen, wohin sie es schaffen können. Vor allem Klassenlehrer müssen in der Lage sein, Probleme wie Über- und Unterforderung, spezielle Lernschwierigkeiten oder häusliche Probleme so früh wie möglich zu erkennen. Das setzt wesentlich verbesserte diagnostische Fähigkeiten der Pädagogen voraus, die durch Fortbildung unterstützt und bei der Lehrerausbildung berücksichtigt werden müssen.

Unterfinanzierung des Schulsystems beenden

Mit Geld allein lässt sich kein guter Unterricht kaufen – aber in unterfinanzierten Schulen bleiben auch Schüler und Lehrer unter ihren Möglichkeiten. Derzeit ist jede zweite Lehrkraft älter als 50 Jahre und wird in den nächsten 10 bis 15 Jahren in Ruhestand gehen. Bereits heute können krankheitsbedingt ausfallende Lehrer oft nicht fachangemessen ersetzt werden – Unterrichtsausfall ist die Folge. Und vor allem gilt: Die Schule ist ein grundlegender Lebensraum der Kinder. Wieviel einer Gesellschaft ihre Kinder wert sind, sieht man nicht zuletzt am Zustand der Schulen. Individuelle Förderung setzt förderliche, kommunikativ anregende bauliche, räumliche und materielle Rahmenbedingungen voraus und erfordert in allen Schularten eine ausreichende und sachgerechte Personalsituation und die Arbeit in überschaubaren Klassen und Gruppen. Das setzt die Bereitschaft der Länder und der Kommunen als Schulträger voraus, die finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Mittel, die durch einen Rückgang der Schülerzahlen frei werden, müssen wieder den Schülerinnen und Schülern direkt zugute kommen: zum Beispiel durch kleinere Klassen, die verlässliche Einhaltung von Unterrichtsangeboten und vor allem eine intensivere Förderung des Einzelnen.

Erziehungs- und Bildungspartnerschaft sind erforderlich

Die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule ist die Voraussetzung für individuelle Förderung. Zwar findet sich in allen Landesgesetzen die Vorgabe, dass die Schule bei der Erfüllung ihres Bildungsauftrags das verfassungsmäßige Recht der Eltern zu achten hat, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen und an der schulischen Entwicklung mitzuwirken, sowie die Forderung nach vertrauensvoller, von gegenseitigem Verständnis geprägter Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus als Partner für die bestmögliche Begleitung des Kindes. Die Umsetzung bleibt allerdings oft im Unverbindlichen und Formalen stecken, weil klare Ausgestaltungen und Regelungen fehlen – da beschränkt sich die Elternmitarbeit schon mal aufs Tapezieren des Klassenzimmers oder aufs Kuchenbacken beim Schulbasar.

Eltern müssen sich als kompetente Partner in die Schule einbringen – und einbringen können. Dafür müssen Erziehungs- und Bildungspartnerschaften zu einem festen Bestandteil der Schulentwicklung und der Schulverfassungen gemacht werden. Eltern und Lehrer müssen

einander im Rahmen der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft umfassend informieren, damit für die Eltern das Schulische transparent und für die Lehrer der individuelle Hilfebedarf des Kindes erkennbar wird. Dafür muss sichergestellt sein, dass Lehrern dafür die notwendige Zeit zur Verfügung gestellt wird. Erforderlich ist darüber hinaus die Verankerung der Elternarbeit als bundesweit verbindlicher Teil der Lehrerausbildung. Auch Eltern brauchen Unterstützung dabei, sich mutig und engagiert in die Schule einzubringen. Hier ist die konsequente Umsetzung der in § 16 KJHG (Familienbildung) zugesagten Unterstützung gefordert.

Lebensbildung ist mehr als Faktenwissen

Leistungsmessungen wie die PISA-Studie haben viel zur Diskussion um eine bessere Schule beigetragen. Aber sie bergen stets die Gefahr, dass nicht Messbares wie Erziehung und Wertevermittlung über Effizienzkriterien verloren geht, weil sie einen Bildungsbegriff zugrunde legen, der an einer ökonomischen Verwertbarkeit von Wissen ausgerichtet ist. Ganzheitliche Bildung muss die Voraussetzungen für ein gelingendes Leben in einer modernen und globalisierten Welt und für die Teilhabe als mündiger Bürger einer demokratischen Gesellschaft vermitteln und für Lebensalltag und Beruf tauglich machen. Die Ausbildung von Lebenskompetenz, zu der auch die Vorbereitung für das spätere Leben in einer eigenen Familie gehört, ist in erster Linie Bildung durch die Familie. Diese Kompetenz – und Pflicht! – der Familien kann keine Schule ersetzen. Aber in Ergänzung zur Erstverantwortung der Familie beschränkt sich auch der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule nicht aufs Vermitteln von Faktenwissen, sondern umfasst – in enger Abstimmung und Erziehungspartnerschaft mit den Eltern – auch die Vermittlung von Themen wie dem Erwerb von Familienkompetenzen oder dem Umgang mit Geld. Dies setzt die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu entsprechenden Inhalten (zum Beispiel interkultureller Erziehung und Integration) und zur Entwicklung spezieller Fähigkeiten wie der Mediation sowie zur Stärkung der Übernahme von persönlicher und gesellschaftlicher Verantwortung voraus.

Zeitgestaltung

Spätestens seit Einführung des auf acht Schuljahre verkürzten Gymnasiums (G 8) und der damit einhergehenden Verlängerung des wöchentlichen Pensums auf 32 bis 33 Unterrichtsstunden (ohne Hausaufgaben!) sind auch Zeitfragen zu schulpolitischen Streitfragen geworden. Schulische Zeitplanung darf Kinder nicht überfordern und muss berücksichtigen, dass Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, sondern an vielen Orten: in der Familie, im Sportverein, der Musikschule, in kirchlichen Jugendgruppen – aber auch beim zweckfreien Spielen und Austoben. Diese Formen der „informellen“ Bildung sind für die persönliche Entwicklung des Kindes unverzichtbar. Die Schule muss den Kindern Zeit für diese soziokulturelle „Lebensbildung“ lassen

– und Familien Zeit füreinander. Dafür muss die Unterrichtsdauer entsprechend der Entwicklung der Kinder gestaltet werden und einen angemessenen Anteil an frei zu gestaltender Zeit enthalten. Im Grundschulbereich spricht sich der Deutsche Familienverband daher für die bundesweite Sicherstellung verlässlicher Halbtagsgrundschulen (z.B. Kernzeit von 8 bis 14 Uhr) mit einer gut durchdachten Mischung aus Unterricht und Freizeitelementen sowie einer Übermittagbetreuung aus, bei denen eine verlässliche Einhaltung des Stundenplans garantiert ist und die bedarfsgerecht durch familiennahe Hortangebote ergänzt werden. Darüber hinaus sind insbesondere im Sekundarbereich kostenfreie Nachmittagsangebote auf freiwilliger Basis sinnvoll, die Freizeitangebote, Fördererlemente und Hausaufgabenbetreuung intelligent verbinden und dabei regionale Partner (Musikschule, Sportvereine etc.) einbeziehen. Um eine Überforderung zu vermeiden, sind die bessere Verteilung von Pflichtstunden und die Begrenzung des Pflichtunterrichtes an Nachmittagen in der Sekundarstufe I sowie die Anpassung des Umfanges der Lernstoffe an die jeweilige Schulzeit (G-8) erforderlich.

Bildungsmobilität ermöglichen: Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit

Wer von Familien Mobilität verlangt, steht auch in der Pflicht, die Schulsysteme der Länder so anzugleichen, dass Kinder beim Umzug nicht an der Landesgrenze schulisch aus der Bahn geworfen werden. Dafür ist es wichtig, die Schulstrukturen so zu gestalten, dass keine Brüche entstehen, wenn Familien von einem Land in ein anderes umziehen, und dass Jugendliche bei der Entscheidung für eine Berufsausbildung oder ein Studium unabhängig von ihrem Heimatbundesland überall gleich gute Chancen haben.

Durchlässiges Schulsystem: Bildungsaufstiege erleichtern

Der gerechte Zugang zu Bildungschancen setzt die Durchlässigkeit von Schulformen und Bildungswegen voraus. Das ist gerade dort von besonderer Bedeutung, wo individuelle Gründe oder soziale Probleme es schwer machen, zügig den geraden und bestmöglichen Weg zu finden. Dies setzt voraus, dass der Erwerb aller Schulabschüsse, die das gesamte Spektrum weiterführender Bildungsgänge eröffnen, an mehreren Schulformen möglich ist, dass Wechselmöglichkeiten bestehen und dass es für alle Schultypen eine Weiterbildungsmöglichkeit gibt, die auf dem jeweils erreichten Schulabschluss aufbaut. Um Wechsel auch faktisch zu ermöglichen, müssen sie – zum Beispiel beim Erwerb einer zweiten Fremdsprache als Abiturvoraussetzung - durch individuelle Förderung begleitet werden.

Begleitung beschränkt sich aber nicht nur auf fachliche Förderung, sondern muss auch Mut machen und Perspektiven aufzeigen: Wenn ein begabtes Arbeiterkind nicht aufs Gymnasium

geht oder kein Studium aufnimmt, das seinen Begabungen entspricht, dann liegt das durchaus nicht immer daran, dass seiner Familie sein Bildungsweg egal ist. Es liegt vor allem daran, dass der Familie nicht nur das Geld, sondern auch die Netzwerke und die eigene Erfahrung für den Bildungsaufstieg fehlen. Gefordert ist hier gute Bildungsberatung in Form eines professionellen Coaching, das dem Jugendlichen und seiner Familie hilft, eigene Stärken zu erkennen und Hemmschwellen zu überwinden.

4. Ausbildung und Studium

Zugänge zur beruflichen Ausbildung verbessern

Nach wie vor machen Absolventen einer dualen Ausbildung den größten Anteil am Fachkräftezuwachs aus, und das duale Ausbildungssystem sichert auch im internationalen Vergleich noch immer eine gute Qualität in der beruflichen Ausbildung. Aber auch hier werden Defizite und mangelnde Passungen immer deutlicher, die sich am Ausbildungsplatzmangel bei gleichzeitig steigender Angst vor Fachkräftemangel zeigen. Hier müssen vor allem die Schnittstellen zwischen Schule und Berufsausbildung sowie zwischen beruflicher Ausbildung und erfolgreichem Berufseinstieg so gestaltet werden, dass niemand verloren geht. Das gilt in besonderem Maße für schulische Berufsausbildungen, die anders als das duale System nicht in direktem Kontakt mit einem Unternehmen absolviert werden. Hier steht auch die Wirtschaft in der Bringschuld, die angesichts der demographischen Entwicklung auf Fachkräfte angewiesen ist.

Eine nicht nur bildungspolitische, sondern auch gesellschaftspolitische Herausforderung sind die bis zu 80.000 Jugendlichen und jungen Menschen, die im bisherigen Bildungssystem scheitern und ohne Abschluss die Schule verlassen. Ihnen ist damit meist auch der Weg in die Berufsausbildung und damit in ein eigenständiges Erwachsenenleben versperrt. Bildungspolitisch sind hier z.B. Ansätze gefordert, die berufsbildende Maßnahmen und Jugendsozialarbeit verzahnen und den Jugendlichen bereits vor Vollendung der Schulzeit Perspektiven für eine Integration ins Berufsleben aufzeigen.

Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage, ob hier Bildungspolitik allein überhaupt erfolgreich sein kann oder ob an dieser Stelle nicht sehr grundlegende Fragen an eine Gesellschaft gestellt werden müssen, die immer mehr Menschen zurücklässt. Denn gerade hier sind mit dem Übergang in die Informations- und Wissensgesellschaft und durch Konkurrenzdruck, Globalisierung und rasante technische Entwicklung Berufswege verschlossen worden, die früher zum Beispiel auch Menschen mit gravierenden Lernbehinderungen eine Integration in den Arbeitsmarkt, Selbstwertgefühl und soziale Kontakte ermöglicht haben.

Zugangsgerechtigkeit zum Studium

Auch mit Blick auf die Globalisierung und die Umsetzung europäischer Bildungsreformen steht Deutschland vor der bildungspolitischen Herausforderung, mehr Menschen den Zugang zu einem Studium zu ermöglichen.

Um Zugangsgerechtigkeit herzustellen, muss für jeden Bachelor-Absolventen gemäß seinen persönlichen Fähigkeiten und Begabungen der Weg ins Masterstudium nach einem erfolgreichen Bachelorabschluss offenstehen. Auch für die Hochschulen gilt zudem: Unterfinanzierung, schlechte Lernbedingungen, überfüllte Vorlesungen und Seminare behindern ein zügiges Studium und bergen die Gefahr von Frustration bis hin zum Studienabbruch.

Im Sinne der Durchlässigkeit von Bildungswegen und im Zuge des verstärkt geforderten und immer wichtigeren lebenslangen Lernens ist außerdem die weitere Öffnung des Studiums für Studienbewerber ohne Abitur notwendig. Derzeit hängen, wie eine im September 2009 veröffentlichte Analyse des Centrums für Hochschulentwicklung ergab, im deutschen Hochschulsystem die Hürden für Studierwillige ohne Abitur noch immer sehr hoch. Entsprechend niedrig sind bundesländerweit die Beteiligungsquoten. Gefordert sind die Schaffung adäquater gesetzlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen und eine Vereinheitlichung der Voraussetzungen, die sich bislang je nach Bundesland sehr stark unterscheiden. Hierbei muss bundesweit auch die Anerkennung von Familienkompetenzen und Erziehungsphasen berücksichtigt werden, wie sie sich bereits in ersten, wenn auch bislang zu eng begrenzten Ansätzen in einigen Bundesländern findet.

Der gerechte Zugang zum Studium und zum Bildungsaufstieg setzt zudem finanzielle Zugangsgerechtigkeit voraus. Die Aufnahme eines Studiums ist eine Investition in die eigene Zukunft, aber noch mehr ist sie ein finanzielles Abenteuer für die Studenten und vor allem für ihre Familien. Die Studiengebühren, die in immer mehr Bundesländern eingeführt werden, verschärfen die ohnehin hohen finanziellen Belastungen von Familien mit studierenden Kindern und machen es Kindern aus einkommensschwachen Haushalten noch schwerer, die ihren Begabungen entsprechende Ausbildungs- und Berufswahl zu treffen. Auch wenn einige Bundesländer, die für die Einführung und Ausgestaltung der Gebühren zuständig sind, dies durch Studiengebührenentlastungen für kinderreiche Familien oder Studierende mit Kindern abzuschwächen versuchen, lässt z.B. eine vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegebene Studie befürchten, dass die Angst vor Studiengebühren gerade junge Menschen aus einkommensschwachen Familien vom Studium abschreckt. Verschärft wird dies durch das Fehlen eines breitenwirksamen und sozial ausgewogenen Fördersystems, so dass Studierende

(und ihre Familien) zur Finanzierung ihres Studiums auf Kredite von Geschäftsbanken angewiesen sind und in ihr Berufsleben mit einer Schuldenhypothek starten, die nicht nur den Mut zum Studium rauben kann, sondern nach dem Berufseinstieg auch den Mut zur Gründung einer eigenen Familie. Das von der Regierung gerade angestoßene „Nationale Stipendienprogramm“, das auch langfristig nur 10% der Studenten erreichen soll und zudem auf eine – stets auch konjunkturabhängige – Kooperation mit der Wirtschaft setzt, wird dabei bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Kritisiert wird – sogar an den Hochschulen selbst – auch die Verwendung der Gebühren, die häufig nicht etwa in eine bessere Lehre fließen, sondern zum Stopfen von Haushaltslöchern genommen werden, die die jahrelange Unterfinanzierung des Hochschulsektors aufgerissen hat.

Die Bildungspolitik ist gefordert, sicherzustellen, dass der Zugang zu einer Hochschulausbildung nicht vom Geldbeutel abhängt. Mindestanforderung ist dabei, dass das Bafög als bildungs- und familienpolitisches Instrument zur Gewährleistung der Chancengleichheit im Bildungssystem in seinem Wert erhalten bleibt. Um ein Ausbluten dieser wichtigen Leistung zu verhindern, ist die regelmäßige Anpassung des Bafög-Satzes an die Preisentwicklung und die entsprechende Erhöhung der Einkommensgrenzen erforderlich.

Um das Bildungssystem wirklich für die Zukunft fit zu machen, stellen sich zudem noch weitere Herausforderungen. Angesichts der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung kommt der Bereitschaft zum lebenslangen Lernen eine immer größere Bedeutung zu. Gerade familienpolitisch kann daraus sogar die Chance erwachsen, auch nach der Familiengründung und einer Phase der Kindererziehung den Weg zu Bildungsaufstiegen zu eröffnen. Bisher fehlen aber überzeugende und passgenaue Modelle, die diese Bereitschaft auch finanziell unterstützen und ermöglichen. An den Horizont der Bildungspolitik gehören deshalb auch Angebote, wie eine Flexibilisierung von Bildungsaufstiegen und –umstiegen über den Lebensverlauf nicht nur gefordert, sondern auch gefördert werden kann.

Berlin, 03.05.2010